

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Managed Connectivity

I. ALLGEMEINES

1 Grundlagen

1.1 Definitionen

A1 ist die A1 Digital International GmbH & Co KG, mit dem Hauptsitz in 1020 Wien, Lassallestrasse 9.

Kunde von A1 ist ein Unternehmen im Sinne des § 1 Abs. 2 Konsumentengesetz (KSchG).

Vertragsparteien sind A1 und der Kunde.

Nutzer sind Dritte denen der Kunden M2M Dienstleistungen in Verbindung mit eigenen Produkten weiterverkauft

1.2 Regelungsgegenstand

A1 bietet dem Kunden M2M Dienste und zusätzliche Leistungen. M2M bedeutet Machine-to-Machine und bezieht sich auf drahtlose oder kabelgebundene Kommunikation zwischen Geräten untereinander oder mit einer zentralen Leitstelle des Kunden. Die Verfügbarkeit, konkret geschuldeter Leistungsumfang und Leistungsmerkmale sowie Qualität der einzelnen Dienste ergeben sich aus den Leistungsbeschreibungen.

A1 erbringt ihre Leistungen nach den nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) samt den für diese Leistungen geltenden Leistungsbeschreibungen/Lösungsbeschreibungen in ihrer jeweils geltenden Fassung, sowie etwaigen schriftlichen Individualvereinbarungen samt deren Anhänge. Formlose Erklärungen von Mitarbeitern (auch per E-Mail) sind unwirksam.

Die im Vertrag dargestellten und beschriebenen M2M Dienstleistungen sind nur im Rahmen einer M2M Lösung anwendbar. Das private Netzwerk ist als ein in sich geschlossenes, logisches Netz für eine bestimmte Benutzergruppe definiert und ist nicht öffentlich zugänglich. M2M Dienstleistungen sind keine öffentlichen Kommunikationsdienstleistungen. Insbesondere sind folgende Dienste aus dem Vertrag ausgenommen: Sprachtelefonie über VoIP, Mobilbox, Mehrwertdienste.

1.3 Vertragsschluss, Vertragsdauer

Sofern nicht im Vertrag anders geregelt, beginnt der Vertrag mit Unterzeichnung durch beide Parteien oder mit Bereitstellung der Leistung durch A1 nach Bestellung durch den Kunden und gilt auf unbestimmte Zeit abgeschlossen mit einer Mindestvertragsdauer von 24 Monaten ab Vertragsabschluss.

Sofern eine Mindestvertragsbindung pro SIM-Einheit („Teilnehmerverhältnis“) vereinbart ist, gilt diese für 12 Monate, soweit nichts anders vereinbart wurde. Die Mindestvertragsbindung pro SIM beginnt, sobald eine SIM-Einheit aktiviert wurde.

1.4 Unwirksamkeit von mündlichen Vereinbarungen, Anzeigepflicht des Kunden, Zustellung

Die Vertragsparteien vereinbaren für die Gültigkeit von Verträgen die Schriftform. Mündliche Vereinbarungen lösen keine Rechtsfolgen aus. Ein Abgehen von der Schriftform müsste ausdrücklich schriftlich erfolgen. A1 ist berechtigt, dem Kunden rechtlich bedeutsame Erklärungen auch per E-Mail oder anderen elektronischen Medien zuzusenden, z.B. Rechnungen, Zahlungserinnerungen oder Kündigungen.

Der Kunde hat Änderungen seines Namens oder seiner Firma, Änderungen seiner Anschrift (Sitzverlegung), Änderungen seiner Zahlstelle und jede Änderung seiner Rechtsform, seiner Firmenbuchnummer, Bank- oder Kreditkartenverbindung, etwaiger Einziehungsaufträge sowie seiner UID-Nummer sofort, spätestens jedoch innerhalb von 2 Wochen ab Änderung, der A1 schriftlich anzuzeigen.

Für die Wahrung von Fristen gilt das Datum der Zustellung beim Empfänger bzw. (E-Mail) sobald der Kunde diese unter gewöhnlichen Umständen abrufen kann. Gibt der Kunde Änderungen im Sinne von Punkt 1.4 dieser AGB nicht oder nicht rechtzeitig bekannt und gehen ihm deshalb an die von ihm zuletzt bekannt gegebene Anschrift gesandte, rechtlich bedeutsame Schriftstücke der A1, insbesondere Kündigungen oder Mahnungen, nicht zu, so gelten die Schriftstücke trotzdem als zugegangen. Rechnungen und Mahnungen der A1 gelten unter den gleichen Voraussetzungen als zugegangen, wenn sie an die vom Kunden zuletzt bekannt gegebene Zahlstelle gesandt wurden.

Im Falle eines Unternehmensüberganges gem. § 38 UGB verpflichten sich die beteiligten Unternehmen (Veräußerer, Erwerber), unverzüglich A1 schriftlich davon zu verständigen. Unterlassen die beteiligten Unternehmer diese Mitteilung haften sie für sämtliche Entgeltforderungen und Schadenersatzansprüche aus dem Vertrag mit A1 als Solidarschuldner.

1.5 Sicherheitsleistung

A1 ist berechtigt, die Erbringung von Leistungen entweder von einer angemessenen Sicherheitsleistung oder von einer Vorauszahlung abhängig zu machen, wenn die fristgerechte Bezahlung von Entgeltforderungen gefährdet erscheint. Die Voraussetzungen sind insbesondere dann gegeben, wenn ein außergerichtlicher Ausgleichsversuch beantragt, ein Insolvenzverfahren oder ein Exekutionsverfahren bevorsteht, beantragt, eröffnet oder bewilligt wurde, ein Liquidationsverfahren eingeleitet wurde oder gegen den Kunden wiederholt wegen Zahlungsverzuges des Kunden mit Einstellung der Leistung oder Kündigung oder fristloser Auflösung des Vertrages vorgegangen werden musste. Die Sicherheitsleistung kann durch Barerlag oder eine genehme Bankgarantie eines erstklassigen Kreditunternehmens, welches seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der Schweiz hat, erfolgen; andere Sicherheitsleistungen können von A1 abgelehnt werden. Allfällige Kosten im Zusammenhang mit der Abrufung der Sicherheitsleistung trägt der Kunde. Im Falle der Ausübung eines Widerspruchsrechtes gem. § 38 Abs.2 UGB seitens des Sicherheitsgebers gegen den Übergang einer, mit dem Vertrag mit A1 in Verbindung stehenden Sicherheitsleistung an den Erwerber, verpflichten sich die beteiligten Unternehmen (Veräußerer, Erwerber), unverzüglich A1 vom Widerspruch schriftlich zu verständigen.

1.6 Identitätsüberprüfung

A1 ist berechtigt, alle nötigen Angaben des Kunden durch Vorlage von amtlichen Dokumenten sowie den Nachweis für das Vorliegen einer Zeichnungs- oder Vertretungsbefugnis vom Kunden zu fordern. Weiters hat der Kunde auf Verlangen von A1 eine Zustellanschrift und eine Zahlstelle im Inland oder EU-Ausland bekannt zugeben sowie eine Bank- oder Kreditkartenverbindung zu einem im Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Kreditinstitut mit Stammsitz in einem EU-Land oder der Schweiz nachzuweisen.

1.7 Leistungsbeschreibung, Verfügbarkeit

Umfang und Qualität der Leistungen von A1 sind in den Leistungsbeschreibungen, Lösungsbeschreibungen sowie schriftlichen Individualvereinbarungen geregelt.

Die Dienstleistung hängt auch von der Netzwerkqualität ab. Zur nachhaltigen Qualitätssicherung und zur Vermeidung von Kapazitätsauslastung oder um eine Überlastung einer Netzverbindung zu vermeiden, messen A1 und ihre Netzwerkpartner laufend die generelle Auslastung des Netzes bei Daten- und Sprachdiensten, um auf Basis dieser anonymisierten Daten den Netzwerkausbau zu planen und voran zu treiben. Hierdurch kann es im Einzelfall zu vorübergehenden Einschränkungen der Dienstqualität kommen. Rundfunk und elektronische Kommunikation unterliegen Einschränkungen; es kann zu Verzögerungen oder Nichtzustellung von SMS und/oder Daten kommen, insbesondere wenn die Hardware des Kunden inaktiv/offline ist.

Soweit betriebsnotwendige Arbeiten zur Wartung, Vermeidung von Störungen oder auf behördliche Anordnung erforderlich sind, können Leistungen vorübergehend unterbrochen oder eingeschränkt werden. Im Falle von geplanten Wartungsarbeiten informiert A1 den Kunden mit angemessener Vorlaufzeit.

A1 ist für die Erbringung ihrer Leistungen außerhalb Österreichs auf Roaming Partner angewiesen. A1 unternimmt alle Anstrengungen, um den Kunden den Zugang zu kompatiblen Mobilfunknetzwerken via Roaming Partner zu ermöglichen, ist jedoch für die Qualität dieser anderen Netzwerke nicht verantwortlich.

2 Rechte und Pflichten der Vertragsparteien

2.1 Mitwirkungspflichten des Kunden

A1 ist für den Zugang zum Netzwerk durch Freischaltung der überlassenen SIM-Einheiten, für die ordnungsgemäße Übertragung der Daten über das Netzwerk und allgemein für die Erbringung der M2M Dienstleistung, wie vertraglich definiert, verantwortlich, sofern der Kunde seine Mitwirkungspflichten ordnungsmäßig erfüllt.

Der Kunde ist verpflichtet, alle notwendigen technischen Spezifikationen zur zeitgerechten und vertragskonformen Durchführung der Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Dies beinhaltet insbesondere, aber nicht ausschließlich, technische Daten, Schnittstellenspezifikationen, Protokolle und Datenformate, Konfigurationsparameter, IP-Adressierung, Zugang zu notwendigen technischen Systemen, Testumgebungen und Testablaufpläne.

Der Kunde stellt für die Dauer der Zusammenarbeit einen Ansprechpartner zur Verfügung und macht diesen spätestens mit Inkrafttreten dieses Vertrags namentlich bekannt.

Der Kunde hat A1 bei Störungen der Leistung/der Services umgehend zu informieren. Wenn der Kunde die Störung zu vertreten hat und A1 mit der Entstörung beauftragt, dann verrechnet A1 das vertraglich vorgesehene Pauschal-Entgelt, z.B. für einen SIM-Einheitentausch. Ist kein Pauschal-Entgelt vorgesehen, dann verrechnet A1 ihre Leistungen nach Aufwand. Darüber hinaus verrechnet A1 jedenfalls die festen monatlichen Entgelte.

Sollte der Kunde seine Mitwirkungspflichten nicht zeitgerecht erfüllen, kann A1 nach fruchtlosem Verstreichen einer angemessenen Nachfrist von mindestens 5 Werktagen vom Vertrag zurücktreten oder die Dienstleistungen sperren. In diesem Fall verrechnet A1 die Aufwendungen für bereits durchgeführte Arbeiten – höchstens aber das für die Herstellung der Leistung vorgesehene Entgelt. Außerdem verrechnet A1 die festen monatlichen Entgelte vom geplanten Zeitpunkt der Leistungsbereitstellung bis zum Vertragsrücktritt bzw. Bestellstorno – mindestens aber ein volles festes monatliches Entgelt bzw. vollen vereinbarten Mindestumsatz.

Die Endgeräte des Kunden müssen gesetzlich zugelassen sein und dürfen andere Kommunikationsnetze nicht stören. Bei von A1 nicht geprüften und freigelassenen Endgeräten kann A1 das Funktionieren der Services nicht garantieren.

2.2 Datensicherungsobliegenheit des Kunden

Dem Kunden obliegt es, fortlaufend jeweils selbst angemessene Vorkehrungen zur Sicherung seiner Daten, die in den Diensten gespeichert sind, zu treffen, insbesondere der Menge und Bedeutung der Daten angemessenes Backup-Verfahren anzuwenden, insbesondere auch für den Fall der Vertragsbeendigung durch eine der Parteien.

2.3 Wiederverkauf und Weitergabe von Leistungen an Dritte durch den Kunden

Der Kunde ist berechtigt, die M2M Dienstleistungen oder Teile davon (z.B. SIM-Karten) nur in Verbindung mit seinen eigenen Leistungen (z.B. eingebaut in seine M2M Geräte) an eine dritte Partei weiterzuverkaufen, zu verteilen oder zur Verfügung zu stellen. Der Kunde ist nicht berechtigt, die M2M Dienstleistungen oder Teile davon separat zu bepreisen bzw. nur diese weiter zu verkaufen.

Bei berechtigtem Weiterverkauf in Verbindung mit eigenen Leistungen ist der Kunde jedenfalls verantwortlich, sicherzustellen, dass alle mit der Erbringung seiner Leistung einhergehenden rechtlichen (insbesondere telekommunikationsrechtliche oder regulatorische) Pflichten eingehalten werden.

A1 macht keine Zusagen, inwieweit rechtliche bzw. regulatorische Vorgaben aufgrund der bereitgestellten M2M Dienstleistungen bzw. SIM-Karten im In- und Ausland eingehalten werden können. Eine diesbezügliche Unterstützung durch A1 ist nicht Vertragsinhalt und der Kunde hat A1 bei allfälligen Verstößen schad- und klaglos zu halten.

2.4 SIM-Einheiten und Codes/Selbstadministration

SIM-Einheiten, die zweckgebunden für M2M Dienstleistungen bereitgestellt werden, sind Eigentum von A1 oder ihrer Netzwerkpartner. A1 ist dazu ermächtigt, die Einstellungen der dem Kunden überlassenen SIM-Einheiten jederzeit zu aktualisieren.

Der Kunde hat die ihm überlassenen SIM-Einheiten vor schädlichen Einflüssen oder unsachgemäßer Behandlung zu schützen, sorgfältig und sicher aufzubewahren, sowie jeden Verlust, Diebstahl und jeden erkennbaren Mangel oder Schaden von SIM-Einheiten sofort zu melden.

Ist die SIM-Karte mangelhaft, übermittelt A1 dem Kunden kostenfrei eine neue SIM-Karte, haftet aber nicht für die zum Austausch von mangelhaften SIM-Karten nötigen Aufwendungen; damit verbundene Kosten hat der Kunde zu tragen.

Der Kunde hat jegliche Codes, wie Passwort und Benutzernamen, geheim zu halten, sicher zu verwahren und bei Verdacht einer Kenntnis durch Unberechtigte sofort zu ändern bzw. – bei Codes, die nur durch A1 geändert werden können – A1 sofort damit zu beauftragen. Der Kunde hat dafür zu sorgen, dass seinen Nutzern rund um die Uhr eine Sperrmöglichkeit zur Verfügung steht.

Sofern dem Kunden zur Verwaltung seiner M2M Dienstleistungen eine Web-Applikation zur Verfügung gestellt wird (gemäß der Leistungsbeschreibung), hat der Kunde diese Codes (Benutzername und Passwort) zur Benutzung der Web-Applikation geheim zu halten. Mit diesem Code können Einstellungen im Namen des Kunden geändert oder – sofern in der Leistungsbeschreibung enthalten – auch zusätzliche Services bestellt werden.

Der Kunde haftet gegenüber A1 für alle Entgelte und Nachteile, die durch eine vom ihm zu vertretende, nicht ordnungsgemäße Verwahrung oder Verwendung entstehen; insbesondere haftet der Kunde für alle daraus entstehenden Ansprüche bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem er A1 einen unerlaubten Gebrauch der SIM-Einheit(en) schriftlich mitgeteilt hat und A1 die SIM-Einheit(en) gesperrt hat.

2.5 Missbräuchliche Verwendung

Die Dienstleistungen der A1 dürfen nur für den vereinbarten Vertragszweck genutzt werden. Der Kunde hat alle durch A1 diesbezüglich mitgeteilten Anweisungen, Richtlinien oder Bedingungen zu beachten. Der Kunde trägt die alleinige Verantwortung für die von seiner Hardware übertragenen Inhalte. Ebenso haftet er für alle Ansprüche, die durch die von ihm gewährte Nutzung der Dienstleistungen an Dritte entstehen.

Es liegt in der Verantwortung des Kunden, dass die Leistungen von A1 nicht missbräuchlich verwendet werden – z.B. nicht

- a. für Betrug oder andere strafbare Handlungen,
- b. mit mobilen Gateways oder ähnlichen Konfigurationen – außer A1 stimmt ausdrücklich zu,
- c. für das Übermitteln oder Speichern verbotener Inhalte – also Inhalte, die gegen gesetzliche Verbote oder gegen die guten Sitten verstoßen,
- d. für das Übermitteln oder Speichern urheberrechtlich geschützter Inhalte, wenn der Kunden nicht die erforderlichen Rechte besitzt,
- e. für den Versuch, unerlaubt Zugang zu fremden Computer-Systemen zu erlangen (z.B. Hackversuche, Port Scans).
- f. für das Zusenden von unerbetener Information z.B. mit SMS zu Zwecken der Direktwerbung oder als Massensendung („Spamming“)

Der Kunde verpflichtet sich, A1 schad- und klaglos zu halten, falls auf Grund des missbräuchlichen Verhaltens des Kunden (oder auf Grund der Nichtbeachtung von relevanten Bestimmungen) Ansprüche gegen A1 aus Gründen des Zivil- oder Strafrechts, gerichtlich oder außergerichtlich, erhoben werden.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass alle Handlungen, die von seinen Mitarbeitern, insbesondere des Admin-Users, oder von Dritten unter Verwendung von Benutzername und Passwort auf der SIM-Management-Plattform vorgenommen werden, rechtlich verbindlich sind und kommerzielle Auswirkungen haben können (Bestellung von SIMs, Tarifwechsel, etc.).

3. Softwarebedingungen, Urheberrechte

3.1 Lizenzrecht

Dem Kunden steht das nicht ausschließliche und nicht übertragbare Recht für die Dauer des Vertragsverhältnisses zu, die ihm überlassenen Software-Produkte entsprechend den Leistungsbeschreibungen, sowie – abhängig von der Software – Nutzungs- und Lizenzbestimmungen Dritter, die Rechte an der Software haben, für die vertraglich vereinbarten Zwecke zu nutzen. Bei schuldhafter Verletzung dieser Bestimmungen hat der Kunde A1 vollständig schad- und klaglos zu halten.

Wenn nicht ausdrücklich in der Leistungsbeschreibung oder sonst vertraglich vereinbart, ist im Leistungsumfang von A1 nicht enthalten, dass die von A1 gelieferte Software mit fremder, nicht von A1 gelieferter Hardware zusammenarbeitet oder spezifischen Anforderungen des Kunden entspricht – ausgenommen handelsübliche Standardsoftware auf Basis der technischen Entwicklung zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.

Es wird dem Kunden untersagt, ohne ausdrückliche schriftlicher Zustimmung von A1, jedoch immer vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Regelungen, die lizenzierte Software zu vervielfältigen, Programme zu ändern, nach zu entwickeln, zurückzuübersetzen oder Teile herauszulösen.

A1 haftet nicht für nicht von ihr durchgeführte Änderungen an der Software, Änderungen der notwendigen Systemeinstellungen oder Anwendungsfehler. Die Gewährleistung und Haftung ist auf reproduzierbare Mängel der Programmfunktionen beschränkt.

3.2 Unterlagen der A1

Anbote, Ausführungsunterlagen wie Pläne oder Skizzen, Muster, Kataloge, Abbildungen sowie sonstige technische Unterlagen u. dgl. bleiben stets geistiges Eigentum der A1 und unterliegen den einschlägigen Bestimmungen hinsichtlich Vervielfältigung, Nachahmung, Wettbewerb usw.

4. Geheimhaltung

Während der Vertragsdauer und für 5 (fünf) Jahre nach Vertragsbeendigung verpflichten sich beide Parteien

- a) Vertrauliche Informationen (d.h. jegliche kommerzielle, finanzielle, technische, gesetzliche, Marketing- oder andere Daten, Know-How, Geschäftsgeheimnisse) oder jede andere Information, welcher Art auch immer, die sich auf eine Partei oder eines ihrer konzernmäßig verbundenen Unternehmen bezieht, die von Seiten einer Partei an die andere Partei (schriftlich, mündlich oder mit anderen Mitteln direkt oder indirekt) offengelegt wurde, vor oder nach Abschluss dieses Vertrags vertraulich zu behandeln und sie nur jenen Personen offen zu legen, die mit diesen vertraulichen Informationen vertraut sein müssen
- b) die vertraulichen Informationen nur für Zwecke der Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu verwenden

Jede Partei darf Vertrauliche Informationen gegenüber Dritten offenlegen, wenn sie dazu aufgrund gesetzlicher Vorschriften, gerichtlicher oder verwaltungsbehördlicher Entscheidungen verpflichtet ist.

Sie wird im Falle einer solchen Offenlegung die andere Partei so früh wie möglich informieren, damit die Parteien gemeinsam Maßnahmen zur Wahrung der größtmöglichen Vertraulichkeit der vertraulichen Informationen treffen können.

Die Pflicht zur Geheimhaltung erstreckt sich nicht auf Informationen, die

- » zum Zeitpunkt der Kenntnisnahme bereits öffentlich bekannt waren oder danach ohne Verletzung der vorliegenden Verpflichtungen öffentlich bekannt werden oder
- » die empfangende Partei rechtmäßig von Dritten bezogen hat oder
- » von der offenlegenden Partei ausdrücklich schriftlich ausgenommen wurden oder
- » die sich bereits vor Abschluss dieses Vertrags nachweislich rechtmäßig im Besitz der empfangenden Partei befanden oder
- » die von der empfangenden Partei unabhängig von den zur Verfügung gestellten Informationen hergestellt, entwickelt o.ä. wurden.

5. Zahlungsbedingungen, Rechnungen, Einwendungen

5.1 Höhe der Entgelte

Die Höhe der Entgelte richtet sich nach den zur Zeit der Erbringung der Leistung gültigen Vereinbarungen mit A1. Die im individuellen Vertrag angeführten Entgelte enthalten nicht die gesetzliche Umsatzsteuer.

5.2 Entgelte

Feststehende Entgelte – einmalige und wiederkehrende – sind im Voraus zu bezahlen, wobei aus verrechnungstechnischen Gründen bis zu 3 Monatsentgelte zusammen vorgeschrieben werden können. Die Rechnungslegung erfolgt in monatlichen Rechnungsperioden, sofern nichts anderes vereinbart ist. Die Zahlungspflicht entsteht mit dem Vertragsbeginn. Fällt der Vertragsbeginn oder das Vertragsende in eine laufende Rechnungsperiode, dann verrechnet A1 die festen monatlichen Entgelte bzw. monatliche Mindestumsätze dieser Rechnungsperiode voll, wenn nicht anderes vereinbart.

5.3 Indexanpassung

A1 ist berechtigt, die vereinbarten Entgelte wie folgt anzupassen: Die Grundentgelte, die monatlichen Entgelte und die verbindungsorientierten Entgelte von A1 erhöhen sich für das folgende Kalenderjahr entsprechend der Steigerung der Verbraucherpreisindexzahl (VPI 2010 =100). Die neue Indexzahl bildet dann jeweils die Ausgangslage für die neue Berechnung weiterer Anpassungen. Sollte der Verbraucherpreisindex nicht mehr veröffentlicht werden, so gilt sein amtlicher Nachfolger bzw. der ihm am nächsten kommende Index. Über die Anpassungen informiert A1 den Kunden in schriftlicher Form (z.B. über Rechnungsaufdruck).

5.4 Rechnungen

Rechnungen werden in Papierform an die vom Kunden angegebene Rechnungsadresse versandt. Der Kunde stimmt zu, eine Kopie der Rechnung kann auch elektronisch zu erhalten. Mahnungen werden in Papierform an die Rechnungsadresse des Kunden versandt. A1 behält sich vor, die Verrechnung zu einem späteren Zeitpunkt auf elektronische Rechnungslegung umzustellen.

Während der Vertragsdauer kann der Kunde die Rechnungsdaten 6 Monate lang auf elektronischem Wege abrufen.

5.5 Verrechnung, Fälligkeit

Entgeltforderungen sind nach Zugang der Rechnung zu dem in der Rechnung angegebenen Termin oder, sofern dieser fehlt, binnen 7 Kalendertagen ab Zugang der Rechnung zu zahlen. Der Betrag muss spätestens zu diesem Zeitpunkt auf dem Konto von A1 gutgeschrieben sein.

Die Rechnung kann mit Banküberweisung bezahlt werden, sofern nichts anderes vereinbart ist. Der Kunde trägt alle mit der Überweisung verbundenen Bankspesen, z.B. für eine Auslandsüberweisung.

A1 ist berechtigt, für den Kunden eine einheitliche Kundennummer für alle Leistungen von A1 festzulegen – auch bei Leistungen aus verschiedenen Verträgen. Im Zweifel werden Zahlungen auf die älteste Schuld angerechnet. Der Kunde hat die richtige Verrechnungskontonummer und Rechnungsnummer anzugeben. Andernfalls muss A1 die Zahlung manuell zuordnen, wofür ein Bearbeitungsentgelt nach Aufwand anfällt. Erst mit der richtigen Zuordnung tritt die schuldbefreiende Wirkung der Zahlung ein, was allerdings nur dann gilt, wenn sich A1 ohne schuldhaftige Verzögerung bemüht, die Zuordnung vorzunehmen.

5.6 Guthaben

A1 darf bei Vertragsende bestehende Guthaben des Kunden auch mit Forderungen aus anderen zwischen A1 oder einem in Punkt 10.2 genannten Unternehmen und dem Kunden bestehenden Vertragsverhältnissen verrechnen.

5.7 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht des Kunden

Der Kunde kann seine Ansprüche gegen Ansprüche der A1 nur dann aufrechnen, wenn seine Ansprüche gerichtlich festgestellt oder von A1 anerkannt sind. Ein Zurückbehaltungsrecht ist ausgeschlossen.

5.8 Verzugsfolgen

Ist der Kunde mit der Bezahlung der Entgeltforderungen von A1 oder Entgeltforderungen Dritter, die von A1 vorgeschrieben werden, im Verzug, ist A1 berechtigt, Verzugszinsen zu verrechnen. Der Zinssatz beträgt 12% jährlich, liegt aber mindestens 3% über dem Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank.

Die für das Einschreiten von Rechtsanwälten sowie von Inkassoinstituten anfallenden notwendigen und zweckentsprechenden Kosten sind vom Kunden zu tragen. Der Kunde verpflichtet sich für den Fall des Verzuges mit seinen vertraglichen Verpflichtungen die der A1 entstehenden Mahn- und Inkassospesen zu ersetzen, wobei der Kunde hinsichtlich eines eingeschalteten Inkassoinstitutes verpflichtet ist, maximal die Vergütungen zu ersetzen, die sich aus der Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Höchstsätze der Inkassoinstituten gebührenden Vergütungen, BGBl. Nr. 141/1996 idgF, ergeben. Hinsichtlich eines eingeschalteten Rechtsanwaltes ist der Kunde verpflichtet maximal Vergütungen zu ersetzen, die sich aus den Autonomen Honorarrichtlinien, AHR 1976 idgF, und aus dem Rechtsanwaltstarifgesetz, BGBl. 1969/189 idgF, ergeben. Diese Normen sind im Internet unter www.oerak.at abrufbar.

5.9 Einwendungen gegen Rechnungen von A1

Einwendungen gegen in Rechnung gestellte Entgeltforderungen sind vom Kunden binnen drei Monaten nach Zugang schriftlich bei A1 zu erheben, andernfalls die Forderung als anerkannt gilt. Wird ein Fehler festgestellt, der sich zum Nachteil des

Kunden ausgewirkt haben könnte und lässt sich das richtige Entgelt nicht mehr ermitteln, dann ist A1 berechtigt, ein Pauschalentgelt in Höhe des Durchschnittsbetrags der letzten 3 Rechnungen des Kunden zu verrechnen.

Soweit A1 keine Daten gespeichert oder gespeicherte Daten auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtungen gelöscht hat, trifft sie keine Nachweispflicht für einzelne Daten.

6. Gewährleistung

Soweit nicht zwingendes Recht entgegensteht und nichts anderes vereinbart ist, beträgt die Gewährleistungsfrist für vertragsgegenständlichen Leistungen ein Jahr. Ist der Gewährleistungsanspruch berechtigt, darf der Kunde nur den für die Verbesserung notwendigen Aufwand, nicht aber den gesamten Rechnungsbetrag zurückhalten.

Der Kunde hat Mängel unverzüglich, spätestens aber innerhalb von drei Tagen nach Bekanntwerden, innerhalb der Gewährleistungsfrist unter Bekanntgabe von Art und Umfang des Mangels schriftlich bekannt zu geben (Mängelrüge). Die Anwendung der §§ 924, 933b Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch wird ausgeschlossen. Wird eine Mängelrüge nicht oder nicht rechtzeitig erhoben, gilt die Leistung als vertragskonform.

Für folgende Situationen wird keine Haftung übernommen:

- » Fehler oder Schäden, die durch unsachgemäße, unvorsichtige oder fahrlässige Behandlung, fehlerhafte Installation oder mangelhaften Einbau durch den Kunden oder durch Dritte entstanden sind,
- » für Folgen durch normalen und natürlichen Verschleiß,
- » unsachgemäße oder unvorsichtige Handhabung wie unsachgemäße Wartung, ungeeignete Wahl des Einbauorts,
- » chemische, elektrochemische oder elektrische Eingriffe jeglicher Art, solange nicht von A1 ausdrücklich und in schriftlicher Form bestätigt

7 Haftung

7.1 Voraussetzungen

A1 haftet nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, bei Personenschäden auch bei leichter Fahrlässigkeit. Bei höherer Gewalt haftet A1 nicht.

Die Haftung für entgangenen Gewinn, ausgebliebene Einsparungen, Zinsverluste, mittelbare und Folgeschäden, ideelle Schäden, sowie Schäden aus Ansprüchen Dritter, jederzeitige Herstellbarkeit der gewünschten Verbindung sowie für verloren gegangene oder veränderte Daten ist ausgeschlossen. A1 übernimmt auch keine Haftung für den Inhalt der von ihr übermittelten Daten oder für den Inhalt von Daten, die durch Dienste der A1 zugänglich sind. Der Kunde haftet für die Inhalte der von ihm in Verkehr gebrachten Daten.

7.2 Haftungsbeschränkung

Die Haftung von A1 ist für jedes schadensverursachende Ereignis mit dem Auftragswert, jedenfalls aber mit maximal EUR 7000,- begrenzt.

8. Sperre von Leistungen, Aufhebung

A1 ist berechtigt, die Erbringung von Leistungen gänzlich oder teilweise einzustellen, wenn

- » der Kunde gegenüber A1 mit Zahlungsverpflichtungen nach erfolgloser Mahnung mit Androhung einer Sperre und unter Setzung einer Nachfrist von zwei Wochen in Verzug ist,
- » der Kunde der Aufforderung zur Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt,
- » hinsichtlich des Kunden ein außergerichtlicher Sanierungsversuch unternommen wurde, ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wurde, die Bonität aus anderen Gründen nicht mehr gegeben ist und der Kunde unter Androhung einer Sperre und unter Setzung einer Nachfrist von zwei Wochen erfolglos gemahnt wurde,
- » der begründete Verdacht besteht, dass der Kunde die in Anspruch genommenen Dienste oder damit im Zusammenhang stehende Leistungen, insbesondere in betrugsmäßiger Absicht, missbraucht oder den Missbrauch durch Dritte duldet. Missbrauch liegt auch bei Verstoß gegen Ziffer 2.5
- » der Kunde andere wesentliche vertragliche Pflichten verletzt.

A1 ist berechtigt, die für eine vom Kunden zu vertretende Sperre anfallenden Kosten einschließlich der Kosten für die Wiedereinschaltung zu verrechnen.

A1 wird die Leistungen wieder erbringen, sobald die Gründe für die Einstellung entfallen sind und der Kunde die Kosten der Sperre und der Wiedereinschaltung ersetzt hat. Eine Sperre entbindet den Kunden nicht von der Pflicht zur Zahlung der monatlichen Entgelte bzw. des monatlichen Mindestumsatzes.

9. Höhere Gewalt

Jeder unvorhergesehene und/oder von A1 nicht zu vertretende Umstand und jeder Fall höherer Gewalt, der die Leistungserbringung, und/oder die Einhaltung des Fertigstellungstermins, behindern, verzögern oder unmöglich macht (z.B. behördliche Maßnahmen, Krieg, Aussperrung oder Streik, Betriebs- oder Transportstörungen, Lieferverweigerungen von Lieferanten, Rohstoffmangel, etc.), berechtigt A1 wahlweise vom Vertrag ganz oder teilweise zurückzutreten oder den Leistungstermin angemessen, zumindest aber um die Dauer der Behinderung, hinauszuschieben. Ersatzansprüche, welcher Art auch immer, können aus derartigen Umständen nicht geltend gemacht werden.

10. Beendigung von Verträgen

10.1 Allgemeines

A1 übernimmt keinerlei Haftung für die im Zuge der Vertragsbeendigung gelöschten Daten. Es liegt in der Verantwortung des Kunden, eine entsprechende lokale Sicherung der Daten vorzunehmen.

10.2 Ordentliche Kündigung des Vertrags

So im Einzelvertrag nichts anderes geregelt, können unbefristet geschlossene Verträge unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Ende der individuellen Rechnungsperiode des Kunden, frühestens jedoch zum Ablauf einer etwaigen Mindestvertragsdauer, schriftlich gekündigt werden. Die individuelle Rechnungsperiode ist auf der Rechnung des Kunden angegeben. Befristete Verträge enden durch Zeitablauf.

10.3 Wirkung einer ordentlichen Kündigung des Vertrags

Mit Wirksamkeit der Kündigung können keine weiteren Bestellungen (zusätzliche SIM-Einheiten, neue Optionen, Änderungen des Vertragsumfangs oder der Entgelte) im Zuge des Vertrags vorgenommen werden. Eine ordentliche Kündigung des Vertrags lässt die Teilnehmerverhältnisse unberührt, diese bleiben bis zu deren jeweiliger Beendigung weiterhin aufrecht. Für die bestehenden Teilnehmerverhältnisse gelten alle vertraglichen Bedingungen unverändert weiter.

10.4 Außerordentliche Kündigung

A1 hat das Recht, das Vertragsverhältnis insbesondere dann vorzeitig aufzulösen, wenn die Voraussetzungen für eine Sperre der Leistung gemäß Punkt 7 dieser AGB vorliegen. Für den Kunden ist das Vertragsverhältnis insbesondere auflösbar, wenn der vertraglich vereinbarte Leistungsumfang in einem wesentlichen Punkt trotz Aufforderung seitens des Kunden und Setzung einer Nachfrist von mindestens 30 Tagen von A1 nicht eingehalten wird. Das außerordentliche Kündigungsrecht ist grundsätzlich ausgeschlossen, wenn die Kündigung nach Behebung des Mangels erfolgt.

Beide Parteien sind zur außerordentlichen Kündigung berechtigt, wenn eine inländische oder ausländische Behörde rechtskräftig feststellt, dass für die weitere Zusammenarbeit zwischen den Parteien Vertragsanpassungen oder Auflagen notwendig sind, die einen unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Aufwand für eine der Parteien bedeuten würden.

Eine außerordentliche Kündigung muss schriftlich erfolgen und wird – sofern nicht in der Kündigungserklärung ein anderer Zeitpunkt angegeben ist – am ersten Werktag nach Zugang wirksam. Samstage, Karfreitag, der 24. und 31. Dezember gelten nicht als Werktage.

Eine außerordentliche Kündigung beendet automatisch auch alle bestehenden Teilnehmerverhältnisse.

10.5 Kündigung von Teilnehmerverhältnissen (einzelnen SIM-Karten)

10.5.1 Ordentliche Kündigung von Teilnehmerverhältnissen

Teilnehmerverhältnisse können von beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist zum Ende des nächsten Monats, frühestens jedoch zum Ende der jeweiligen Mindestvertragsbindung, gekündigt werden.

10.5.2 Außerordentliche Kündigung von Teilnehmerverhältnissen durch A1 wegen Nichtnutzung

A1 ist berechtigt, einzelne Teilnehmerverhältnisse außerordentlich zu kündigen wenn seit der letzten Nutzung für einen IoT oder M2M Anwendungsfall (z.B. Datenübertragung, SMS oder USSD) mindestens 18 Monate vergangen sind oder die betreffende SIM-Karte seit Aktivierung 18 Monate lang nicht für M2M/IoT Anwendungsfälle genutzt wurde. Die Kündigungsfrist von einzelnen Teilnehmerverhältnissen beträgt einen Monat und kann auch per email an die vom Kunden bekannt gegebene email-Adresse erfolgen.

10.6 Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Kunden

Sollte ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Kunden eröffnet oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen werden, kann A1 den Anschluss gemäß Punkt 7 sperren oder die Leistungen bis zur Erbringung einer entsprechenden Sicherheitsleistung einschränken. Die Bestimmungen der §§ 25a und 25b der Insolvenzordnung idgF. bleiben davon unberührt.

Der Insolvenzverwalter kann den Vertrag fortführen, bis das Insolvenzverfahren rechtskräftig aufgehoben ist. Dafür hat dieser innerhalb von 7 Tagen ab Insolvenzeröffnung eine Sicherheit bzw. Vorauszahlung zu leisten oder einen Antrag mit einer persönlichen Haftungserklärung für alle Entgelte und Schadenersatzansprüche ab Insolvenzeröffnung zu stellen.

Wenn kein Insolvenzverwalter bestellt ist, dann kann der Kunde schriftlich die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses beantragen – vorausgesetzt der Kunde leistet innerhalb der gleichen Frist eine Sicherheit oder Vorauszahlung. Lässt der Kunde oder der Insolvenzverwalter diese Frist ungenutzt verstreichen, geht A1 davon aus, dass kein Interesse an der Fortführung des Vertragsverhältnisses besteht. In diesem Fall endet das Vertragsverhältnis.

10.7 Allgemeine Leistungseinstellung

Eine allgemeine Leistungseinstellung durch A1 findet frühestens 3 Monate nach Bekanntgabe statt. A1 behält sich das Recht vor, Leistungen durch ähnliche, gleichwertige zu ersetzen.

10.8 Restentgelt bei Verträgen mit Mindestvertragsdauer

Bei befristeten Verträgen, Verträgen mit Mindestvertragsdauer bzw. bei Mindestvertragsbindung für Teilnehmerverhältnisse hat A1 Anspruch auf ein Restentgelt für die Zeit zwischen Vertragsende und dem Ende der Befristung bzw. Mindestvertragsdauer/Mindestvertragsbindung, wenn der Vertrag oder ein Teilnehmerverhältnis aus dem folgenden Grund endet:

- » außerordentliche Kündigung des Vertrags oder eines Teilnehmerverhältnisses – ausgenommen berechtigte außerordentliche Kündigung durch den Kunden
- » Löschung des Kunden aus dem Firmenbuch

Sofern nichts anderes vereinbart ist, beträgt das Restentgelt die Summe der festen monatlichen Entgelte bzw. monatlichen Mindestumsätze. A1 ist berechtigt, neben diesem Restentgelt auch andere Entgelte zu verrechnen, sofern das vertraglich vereinbart wurde.

11 Allgemeine rechtliche Bestimmungen

11.1 Änderungen und Ergänzungen

A1 kann Änderungen dieser AGB mit dem Kunden einvernehmlich vereinbaren. Der Kunde erhält ein Angebot zur einvernehmlichen Vertragsänderung mindestens 1 Monat vor In-Kraft-Treten der geplanten Änderungen in schriftlicher Form, z.B. durch Rechnungsaufdruck oder als Rechnungsbeilage. Darin finden sich alle Änderungen.

Auch wenn A1 nur einen Teil eines Punktes ändert, sendet A1 dem Kunden den gesamten neuen Punkt. Zusätzlich findet der Kunde einen Hinweis auf die Volltext-Version. Gleichzeitig informiert A1 den Kunden über den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der geplanten Änderungen. Das Angebot gilt als angenommen, wenn der Kunde nicht bis zum In-Kraft-Treten der geplanten Änderungen schriftlich widerspricht. A1 wird den Kunden in diesem Angebot über diese Frist sowie über die Bedeutung seines Verhaltens informieren.

11.2 Übertragung von Rechten und Pflichten

Durch A1

A1 ist berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag vollinhaltlich an verbundene Unternehmen im Telekom Austria-Konzern zu übertragen. A1 wird dem Kunden schriftlich eine Vertragsübergabe mitteilen. Dem Kunden erwächst kein Kündigungsrecht, sofern das übernehmende Unternehmen in alle Rechte und Pflichten des Vertrages eintritt.

Durch den Kunden

Der Kunde kann den Vertrag oder vertragliche Beziehungen (Teilnehmerverhältnisse oder Einzelverträge) nur mit schriftlicher Zustimmung von A1 auf Dritte übertragen. Der bisherige und der neue Kunde haften als Solidarschuldner für folgende Ansprüche, die bis zur Übertragung entstanden

- » Entgeltforderungen von A1
- » Schadenersatzansprüche

A1 ist berechtigt, den neuen Kunden über offene Ansprüche zu informieren. A1 ist berechtigt, allfällige Guthaben mit schuldbefreiender Wirkung an den bisherigen oder den neuen Kunden auszuzahlen.

11.3 Subunternehmer

A1 ist berechtigt, Subunternehmer mit der Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten zu betrauen. A1 wird sich von Subunternehmern die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen schriftlich bestätigen lassen.

11.4 Anwendung von österreichischem Recht

Für die vertraglichen Beziehungen der Vertragsparteien gilt ausschließlich österreichisches Recht. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (das UN-Kaufrecht) sowie sämtliche Bestimmungen des österreichischen Rechtes, die sich darauf beziehen, werden ausdrücklich ausgeschlossen. Die Vertragsparteien vereinbaren, geschlossene Verträge nicht wegen Irrtums oder Verkürzung über die Hälfte anzufechten.

11.5 Gerichtsstand

Als Gerichtsstand wird ausschließlich das sachlich zuständige Gericht in Wien vereinbart.

11.6 Unwirksamkeit einzelner Klauseln

Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen eines Vertrages hat nicht dessen gesamte Unwirksamkeit zur Folge. Die unwirksame Bestimmung wird durch eine solche wirksame Bestimmung ersetzt, die der unwirksamen in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung möglichst nahe kommt.